

Volkstimme

Die Volkstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
 Verantwortlicher Redakteur: Friedrich Bahle, Magdeburg.
 Für den Inseratenteil: Carl Pantau, Magdeburg.
 Verlag von W. Garbaum, Magdeburg-Neustadt.
 Geschäftsst.: Schmetzerhofstr. 5/6
 Druck von A. Arnoldt, Magdeburg.
 Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

Pränumerando zahlbaren Abonnementspreis:
 Vierteljährl. inkl. Bringerlohn 2 Mk. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
 In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatl. 70 Pf.
 Bei den Postanstalten 2,50 Mk. exkl. Befragungs-
 Einzelne Nummern 5 Pf.
 Sonntags-Nummer 10 Pf.
 Zeitungsliste Nr. 7242
 Infektionsgebühr 15 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volkstimme: Die Neue Welt (12 Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 111. Magdeburg, Mittwoch, den 13. Mai 1896. 7. Jahrgang.

Der Tribut an die Hausbesitzer.

Neben der direkten Ausbeutung des Arbeiters, die darin besteht, daß der Arbeiter einen Lohn bekommt, der hinter dem von ihm produzierten Wert weit zurücksteht, giebt es in der kapitalistischen Gesellschaft noch zahlreiche Formen der indirekten, deshalb jedoch nicht minder wirklichen Ausbeutung der Arbeiterklasse. Und die schamloseste und brutalste der mittelbaren Ausbeutungsformen ist zweifellos der Tribut, der an den städtischen Hausherrn zu entrichten ist.

Der Mietzins besteht allerdings zum Teil aus einer Entlohnung der Kosten der Erbauung und des Unterhalts des Hauses, aber nur zu einem winzig geringen Teil. In der Hauptsache aber ist der Mietzins keine Vergütung für irgend welche geleistete Arbeit, sondern einfach eine Rente, die der Grundherr bezieht resp. die er den Mietern aufzulegt, einfach kraft seines Privateigentums an dem Baustück, auf welchem das Haus gebaut worden ist.

R. Marx äußert sich im dritten Bande seines „Kapital“ folgendermaßen über diese Rente, die Hausrentenrente, wie er sie nennt:

„Es zeichnet sich diese Rente aus erstens durch den überwiegenden Einfluß, den hier die Lage ausübt, zweitens durch die Handgreiflichkeit der gänzlichen Passivität des Eigentümers, dessen Aktivität bloß darin besteht, den Fortschritt der gesellschaftlichen Entwicklung auszuheuten, zu dem er nichts beiträgt und bei dem er nichts riskiert, wie doch der industrielle Kapitalist thut, und endlich durch das Vorwiegen des Monopolpreises in vielen Fällen, speziell der schamlosesten Ausbeutung des Gländs (denn das Glend ist für die Hausrente eine ergiebiger Quelle als die Bergwerke von Potosi je für Spanien waren) und die ungeheure Macht, die dies Grundeigentum giebt, wenn es mit dem industriellen Kapital in derselben Hand vereinigt, dieses befähigt, die Arbeiter im Kampf um den Arbeitslohn praktisch von der Erde als ihrem Wohnsitz auszuschließen. Ein Teil der Gesellschaft verlangt hier von dem anderen einen Tribut für das Recht, die Erde bewohnen zu dürfen, wie überhaupt im Grundeigentum das Recht der Eigentümer eingeschlossen ist, den Erdboden, die Eingeweide der Erde, die Luft und damit die Erhaltung und die Entwicklung des Lebens zu exploittieren.“

Eine hübsche statistische Illustration zu diesen Ausführungen giebt die neueste Publikation der „Statistik des Hamburgischen Staats“ in einer Zusammenstellung über „das Verhältnis zwischen Einkommen und Miete“. Wir geben daraus zunächst folgende allgemeine Zahlen:

Im Jahre	Es betrug der Mietwert		
	im ganzen Mark	auf einen Einwohner	in Prozent des Einkommens
1881	60 732 000	149	24,17
1882	62 666 000	149	23,41
1883	64 269 000	149	23,34
1884	66 704 000	150	23,65
1885	69 007 000	151	24,47
1886	71 457 000	153	25,13
1887	75 119 000	157	25,13
1888	81 223 000	164	25,03
1889	87 861 000	170	23,59
1890	92 463 000	170	22,70
1891	96 399 000	170	22,31
1892	98 980 000	170	23,36

Man sieht, keine Steuer ist so drückend, als dieser Tribut, den man Jahr aus Jahr ein an den Hausbesitzer zu bezahlen hat. Ein Viertel des Einkommens geht durchschnittlich an diesen ab. Das hindert ihn freilich nicht, seinerseits einen Wortspektakel zu erheben, wenn die Grundsteuer oder die Einkommensteuer auch nur um den Bruchteil eines Prozentes erhöht werden!

Während dieses Zeitraumes von 12 Jahren hat sich die allgemeine Mietsumme um rund 60 Prozent vermehrt. Der durchschnittliche auf jeden Einwohner bezühende Mietzins zeigt eine Steigerung um 14 Prozent. Das letztere beweist, daß die Wohnungen teurer geworden sind, es bedeutet also eine Steigerung der reinen Grundrente. Um jedoch diese Steigerung zu messen, genügen selbstverständlich allgemeine Durchschnittszahlen nicht, sondern man mußte die Mietpreise für jede einzelne Stadtgegend im besonderen vergleichen und die Wohnungen nach ihrem Wert unterscheiden.

Aus analogen Gründen zeigen auch die Prozentfäße in der Rubrik 4 nur das allgemeine Verhältnis und nicht die Entwicklung an.

Die von uns angeführte Statistik enthält aber noch eine andere Uebersicht, die einen tieferen Einblick in die einschlägigen Verhältnisse erlaubt. Wir teilen sie deshalb an dieser Stelle mit.

Das Verhältnis zwischen Einkommen und Miete

nach Einkommensklassen in den Jahren 1868, 1874, 1882 und 1891:

Einkommensklassen:	Es betrug die Miete in Prozent des nebenstehenden Einkommens in den Jahren:			
	1868	1874	1882	1891
Bon 600 bis 1200 M.	18,77	20,90	23,51	24,74
Ueber 1200 " 1800 "	19,89	21,13	18,94	22,22
1800 " 2400 "	20,27	20,88	19,50	22,09
Ueber 2400 bis 3000 M.	19,45	19,21	18,78	20,81
3000 " 3600 "	19,59	19,03	17,90	19,15
3600 " 4200 "	19,28	18,17	18,03	18,71
4200 " 4800 "	18,89	17,38	17,22	17,88
4800 " 6000 "	18,55	17,35	18,33	17,71
6000 " 12 000 "	15,99	15,48	16,72	15,12
12 000 " 30 000 "	11,51	10,75	12,23	10,98
30 000 " 60 000 "	6,68	7,44	8,08	6,21
60 000 M.	3,72	3,78	3,87	3,05

Je größer das Einkommen, desto geringer relativ die Ausgabe für Wohnung. Das ist ein altbekanntes Satz, der auch in der mitgeteilten Tabelle mit aller wünschenswerten Regelmäßigkeit zum Ausdruck kommt. Je geringer das Einkommen, ein desto größerer Teil von ihm geht an den Grundbesitzer ab. Der Mietzins gleicht einer Einkommenssteuer mit einer nach unten steigenden Progression. Wie exorbitant der Unterschied, erkennt man aber erst, wenn man die ganz großen Einkommen berücksichtigt. In den Hamburger Zahlen sind die letzten Extreme diese: Einkommen von 700 Mark zahlt 26,45 Prozent Mietzins, Einkommen von 496 500 Mark dagegen 1,03 Prozent. Die Steigerung ist also wie 1 zu 26. Wollte der Staat eine solche Progression bei einer wirklichen Einkommenssteuer mit einer Steigerung nach oben einführen, so würden die Kapitalisten Himmel und Erde gegen diesen Staat in Bewegung setzen!

Wie die Wohnungen beschaffen sind, für die der Arbeiter soviel ausgeben muß, darüber braucht man kein Wort zu verlieren.

Aber am meisten kennzeichnend ist die Entwicklung, welche die Hamburger Mietpreise durchgemacht haben. Die Tabelle zerfällt klar in zwei Teile: in den Einkommensklassen bis inkl. 3000 Mark ist der Prozentsatz des Mietzinses seit 1868 gewachsen, bei den höheren Einkommensklassen dagegen ist er gesunken. Die Wohnungen der Armen werden mit der Zeit teurer, die Wohnungen der Reichen dagegen billiger. Der Reiche hat eben eine größere Auswahl. Er ist weniger auf eine bestimmte Stadtgegend verwiesen. Die Reichen wohnen nicht so zusammengedrängt. Man kann deshalb dem Reichen die Miete nicht so leicht steigern. Den Armen aber preßt der Grundbesitzer nach Belieben aus. Er drückt ihn tatsächlich schonungslos bis zur letzten Möglichkeit. Und so sehen wir auch, daß je geringer das Einkommen, desto größer und regelmäßiger die Steigerung der Miete.

Wie recht hatte Marx, als er die oben angeführten Worte schrieb: „Das Glend ist für die Hausrente eine ergiebiger Quelle, als die Bergwerke von Potosi je für Spanien waren!“

Politische und volkswirtschaftliche Uebersicht.

Gelegentlich des Friedensfestes zu Frankfurt a. M. hat der deutsche Kaiser die Verdienste der Civilbeamten um die Erfolge von 1870/71 anerkannt. Auch an den Fürsten Bismarck ging ein Telegramm, in dem der Kaiser das Gefühl unaussprechlicher Dankbarkeit gegen den Fürsten aussprach. Gelegentlich einer Rede äußerte der Kaiser: „... Wo an diesem Tage deutsche Herzen schlagen, ist der Germane auf das Knie gesunken und hat seinem Schöpfer Dank dargebracht, daß unter seiner Hut das Vaterland sich wieder geeint hat.“ Auch hofft der Kaiser, „daß ein jeder von den Festteilnehmern nun auch mit mir darin übereinstimmen wird, daß es unsere Pflicht ist, unser Volk in Waffen hochzuhalten, zu ehren und zu achten. Dankbar dem, der uns dies Geschenk gemacht, hoffe ich, daß nun auch ferner uns weitere 25 Jahre verschieden seien, und daß in diesen 25 Jahren das Reich in höchstem Glanze strahle.“

Im Anschluß an die Friedensfeier propagiert die Norddeutsche Allgemeine Zeitung für den **Zusammenschluß aller Parteien gegen die Sozialdemokratie**. Bei dem Zusammenschluß aller Parteien soll es darauf ankommen, „daß alle Parteien, die auf dem Boden der bestehenden Rechtsordnung stehen, sich in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammenfinden. Mögen sie ruhig getrennt marschieren, wie bisher, wenn nur unter allen Umständen vereint gefochten wird gegen diejenigen, welche die Grundlagen unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bedrohen. Mögen einsichtige, patriotische Männer aller Parteirichtungen sich zusammenschließen, um der Verwirklichung solcher gemeinsamen Abwehr näher zu treten! Wir sind überzeugt, daß sich, wenn der ernsthafte Wille vorhanden ist, auch ein Weg finden wird.“ Die Grundlagen unserer staatlichen Ordnung sind ja in letzter

Zeit mannigfach bedroht worden durch die Empfehlung des Staatsstreichs von oben. Es giebt Personen und Parteien, die lieber heute als morgen dem Volke das allgemeine Wahlrecht nehmen möchten, das ja auch eine Grundlage unserer staatlichen Ordnung ist. Wenn sich die guten Leute wiederum die Finger verbrennen wollen, mögen sie es mit einem zweiten Ausnahmegesetz versuchen. Wir fürchten uns nicht.

Den Fürsten Bismarck zu feiern, sei die oberste Pflicht bei der Friedensfeier. Er hat — nach dem Organ der Kohlenbarone, der Rheinisch-Westfälischen Zeitung — dem Reich den Weg gewiesen, auf dem es, wenn Gott will, ferner die Segnungen des Friedens und der Kulturarbeit genießen kann. Es ist noch gar nicht so lange her, da grollten die nationalliberalen Blätter, daß Bismarck nörgelnd und polternd hinter dem Reichswagen herlaufe. So ändert sich der Wind.

Gestützt auf seine mächtige soziale Stellung und das Vertrauen der höchsten Kreise setzt nach dem Volk Herr v. Stumm den Kampf gegen die christlich-sozialen Gesellschaften fort. Das Volk wundert sich nicht, wenn ein Mann von solcher Bedeutung in die Gefahr der Selbstüberhebung und Unbuddsamkeit läme. Wir meinen, Stumm hätte Proben seiner Selbstüberhebung und Unbuddsamkeit bereits seit Jahren geliefert.

Die Beherrscher der Backstube regen sich und opponieren gegen den Maximalarbeitsstag und Achtuhr-ladenschluß. Vom Berliner Innungs-Ausschusse erklärte sich die ständige Deputation in ihrer letzten Sitzung einstimmig gegen die den Maximalarbeitsstag im Bäckergewerbe betreffenden Maßnahmen des Bundesrats. Ferner gelangte die Frage des Achtuhrschlusses der Ladengeschäfte zur Verhandlung. Auf das Kleingewerbe, so wurde hervorgehoben, würde eine solche Zwangsmaßregel äußerst schädigend wirken, wogegen der Achtuhrschluß für Warenhäuser und Bazare, in denen die Angestellten erwiesenermaßen übermäßig angestrengt würden, als durchaus gerechtfertigt zu erachten sei. Wir können den Handelsangestellten und Bäckereiarbeitern nur empfehlen, in der Agitation für die winzigen Bestimmungen der Regierung resp. der statistischen Kommission nicht nachzulassen. Die Agitation muß sogar auf das Land getragen werden. Nichts agitiert für unsere Sache mehr als die Haltung der Innungen und der mit diesen befreundeten Parteien.

Von sämtlichen politischen Parteien, die im Wahlkreise Magdeburg bei Wahlen ernstlich in Frage kommen, hat nur die Sozialdemokratie sich für den **Maximalarbeitsstag im Bäckergewerbe** erklärt. Alle Parteien stehen dieser Frage ablehnend gegenüber zum Teil unter Verleugnung ihres Programms. Dennoch zeigt ein hiesiges Blatt den Mut der denkwürdigen Masse aufzuschwagen, Deutschland marschiere an der Spitze der Sozialreform. Daß der Ruf nichts als Reklame ist, die Talmi als Gold ausbietet, brauchen wir nicht mehr besonders zu betonen. Aber verweisen wollen wir alle die, welche dem Rufe Glauben zu schenken blind genug sind, auf die Anschauungen, die man jenseits des Kanals von der Arbeitszeit im Bäckergewerbe hat. Auch in England beschäftigt man sich augenblicklich mit dieser wichtigen Frage. Das Londoner Arbeits-Verschönerungs- und Schiedsgericht hat seinen Wahrspruch in dem zwischen den Meistern und Gesellen im Bäckergewerbe ausgebrochenen Streite abgegeben. In Bäckereien, die sich mit Kleinhandel befassen, soll die Arbeitszeit elf Stunden betragen. Zwischen der vierten und fünften Stunde nach dem Beginn der Arbeit soll eine Pause von mindestens 20 Minuten eintreten. Ueberzeitarbeit nach der zwölften Stunde ist gestattet. Die Bezahlung dafür ist aber anderthalbmal so hoch wie für reguläre Arbeit. Was die Großbäckereien betrifft, so soll in diesen nur zehn Stunden gearbeitet werden oder sechzig Stunden die Woche, einschließlich der Essenspausen, die täglich eine Stunde dauern sollen. Die erste Pause findet zwischen der zweiten und fünften Stunde nach dem Beginn der Arbeit statt. Für Ueberzeitarbeit und Arbeiten am Sonntag erhalten die Gesellen anderthalbmal so viel wie für gewöhnliche Arbeit. Der Wahrspruch setzt auch die Minimallohne fest. Das heißt doch zu der Frage eine Stellung nehmen, die sich wirklich hören läßt. Und dem gegenüber vergleiche man den dieselbe Materie betreffenden Entwurf des deutschen Bundesrats und vergleiche man die Haltung, die seitens der reaktionären Parteien von Manteuffel bis Richter dazu eingenommen worden. Wahrspruch, es gehört der Mut kaltblütiger Unwahrheitsliebe dazu, sich mit seiner Sozialreform noch in die Brust werfen zu wollen.

Die oberfränkische Handelskammer beschloß, dem Ministerium gutachtlich zu berichten, die Errichtung von **Laufmännischen Schiedsgerichten** möge auf keinen Fall obligatorisch gemacht, wo aber ein Bedürfnis vor-

handen, wie in den größeren Städten, fakultativ gestattet werden. Wir haben nachgewiesen, daß die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Handelsange- stellten ihre Streitigkeiten mit den Prinzipalen vor den Gewerbegerichten zum Austrag bringen wollen. Kauf- männische Schiedsgerichte pflegen den Standesbündel. Und der Standesbündel ist der Hemmschuh für eine vor- wärtsstrebende Arbeiterschaft. —

Die Folgen des Tuchmacherstreiks in Rottbus machen sich jetzt auch in Unternehmertreuen fühlbar. Eine Anzahl kleinerer Fabrikanten, die sich in das Schlepptau der Großfirmen haben nehmen lassen, fallierten in letzter Zeit. Neuerdings ist der Fabrikant Ernst Vinde, Wit- tinhaber der Tuchfabrik von Gebrüder Vinde, über deren Vermögen das Konkursverfahren eröffnet wurde, gestürzt. Die Staatsanwaltschaft erläßt gegen ihn einen Steckbrief wegen Betrugs und betrügerischen Bankrotts. — Die Firma Vinde gehörte zu dem Ring der Tuchfabrikanten, welcher noch heute die Arbeiter auf allerlei Weise schüt- tert, so daß von neuem ein Streik auszubrechen droht. Die Großfirmen beabsichtigen, wahrscheinlich noch weiteren kleineren und mittleren Fabriken die Existenz zu erschweren.

Ein niedliches Zeugnis einer preussischen Behörde wurde in deutschen Blättern veröffentlicht. Das Zeugnis ist so eigen in seiner Art und so charakteristisch, daß es hier mit allen stilistischen und orthographischen Fehlern Platz finden soll:

Zeugnis.
Dem Gallus Hong Steinbauer, geboren dater am 28. April 1867, wird hiermit von unterzeichneter Stelle bestätigt, daß derselbe nicht geschäftlich bestraft ist, dagegen polizeilich einmal wegen Uebertretung des § 365 des R.-Str.-G.-B. Verurteilt ist. Derselbe hält sich seit mehreren Jahren nur während den Wintermonaten hier auf, ist sonst auf Wanderschaft, und wurde hier die letzten Jahre der Polizeibehörde dahin auffällig, daß er in Gesellschaft mit Kindern in Wirtschaften häufig das Sozial- demokratische Lied sang.
Es leinet es blüht zum Bürgerkrieg
Die rote Fahne führen wir.
Ob er ein Anhänger der Sozialdemokratie oder ihren Lehren gilt, muß diesbezüglich in Fragen bleiben.
Rangabteilung, den 11. April 1896.
Zur Beglaubigung Die Drittpolizeibehörde.
Schillingen, den 15. April 1896. Sogt Dieringer.
Königliches Oberamt.
Hongari.

Auf Grund dieses Zeugnisses wurde dem Betreffenden von der deutschen Gesandtschaft in Bern der nach § 2 des deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrages not- wendige Summatrulationschein verweigert, und der Be- troffene wäre, wenn es streng genommen werden würde, gezwungen, seine Arbeit in der Schweiz aufzugeben. Aber selbst der Baseler Polizeibehörde, der man doch sonst ge- rade nicht viel Arbeiterfreundlichkeit zuschreibt, kam dieses Zeugnis zu stark vor, und sie genehmigte dem Arbeiter trotz des mangelnden Summatrulationscheines die Auf- enthaltsbewilligung. —

Im Reichsanzeiger wird vor der **Auswanderung nach Amerika** gewarnt. Auch wir möchten den Aus- wanderungslustigen empfehlen in Deutschland zu bleiben. Je steifhafter das Heer der Existenzlosen anschwillt, je eher muß das Bürgerium zur Einsicht kommen, daß auf dem Gebiete unserer Wirtschaftsordnung grundsätzliche Aenderungen vorgenommen werden müssen. Diese Ein- sicht wird zwar lange auf sich warten lassen. Zur Zeit kränkt sich das Bürgerium sogar gegen einen gesetzlichen Schutz männlicher Arbeiter. —

Auf den **deutschen Münzstätten** sind im Monat April d. J. geprägt worden: 4 369 140 Mark in Doppel- tonnen, 81 700 Mark in silbernen Fünfmarsstücken, 259 682,70 Mark in Neupfennigstücken und 27 196,43 Mark in Einpfennigstücken. Die Gesamtanprägung an

Reichsmünzen, nach Abzug der wieder eingezogenen Stücke, bezifferte sich Ende April d. J. auf 3 049 085 535 Mark in Goldmünzen, 488 598 067,20 Mark in Silbermünzen, 52 976 694,85 Mark in Nickel- und 13 079 066,94 Mark in Kupfermünzen. —

Die Berliner **Gewerbeausstellung** war am ver- gangenen Sonntag von 250 000 Personen besucht. —

Oesterreich-Ungarn.

Eine Amnestie für politische Vergehen und Verbrechen plant die Regierung anlässlich der Krönungsfeierlichkeiten im Juni. — Die Ultramontanen demonstrierten am ver- gangenen Sonntag für das allgemeine Wahlrecht. Der Volksversammlung schlossen sich die Arbeiter an, die eine rote Fahne durch die Straßen tragen wollten. Nach der Bessischen Zeitung ist dies der erste Fall in Ungarn, daß eine rote Fahne bei einer Versammlung entfaltet wurde. Die Polizei wollte die rote Fahne nicht dulden; es kam zu einem Zusammenstoß, bei dem mehrere Personen ver- wundet wurden. Verhaftungen wurden vorgenommen. —

England.

Desertionen der russischen Soldaten über die russische Grenze, hauptsächlich nach Krakau, mehren sich in bemerkens- werter Weise. Die Keranten, welche sich aus Furcht vor den maßlosen Verfolgungen ihrer Vorgesetzten auf das österreicherische Territorium flüchten, gehen ahnungslos vom Regen in die Traufe; sie verwechseln ja nur den Korporals- stich mit der Hungerpeitsche, welche ihrer in Galizien hart. Erst unlängst flüchteten sich 36 Kavalleriesoldaten von einem an der Grenze postierten Regiment in voller Rüstung und mit Pferden nach Oesterreich. Die Waffen und Uni- formen wurden ihnen sofort von den galizischen Bauern abgekauft, die Pferde wurden ebenfalls verkauft, aber nicht mehr an die Bauern, sondern an die — russischen Offi- ziere. Durch Vermittler, wie sie an der russisch-öster- reichischen Grenze nur zu häufig vorkommen, wurden für jedes Stück 80 Rubel in Silber angeboten und der Kauf vollzog sich ohne jedweden Anstand seitens der kaufbereiten Vorgesetzten. Diese für die russische Soldateska bemerkens- werke Apatre wurde vor einigen Tagen ganz zufällig im Krakauer Gerichtsjaale zum besten gegeben. Ein russischer Deserteur vom 18. Infanterieregiment aus Plotskow Namens Alexej Primischa stand vor den Schranken des Taschendiebstahls angeklagt. Er wurde ertrappt, wie er eben einer Frau das Portemonnaie aus der Tasche heraus- zog. Das herabgekommene Menschenkind suchte sich mit seiner Not zu rechtfertigen, welche ihm nichts anderes übrig ließ, als Selbstmord oder Diebstahl. Daß er ver- urteilt wurde, ist selbstverständlich. Im Laufe der Ver- handlung machte er die oben angeführten Thatsachen bekannt. —

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Island.

* In Breslau haben sich den streikenden Maurern und Bauarbeitern auch die **Zimmerer** angeschlossen. — In Reichenbach in Schleßen haben die **Spuler** und **Weber** der Firma Gebrüder Lohm die Arbeit wieder aufgenommen. — Der Ausstand der **Schiffsarbeiter** in Stettin ist durch geringe Lohnerhöhungen beigelegt. — In Lübeck werden in der Fäbrik von Hoff u. Friede sämt- liche **Böttcher** wieder eingestellt. — Der Ausstand der **Weber** ist durch teilweise Bewilligung der Arbeiter- forderungen beendet worden. — In Neu-Flensburg be- fanden sich die **Schreiner** und **Ladierer** im Ausstande. — In Fürth haben die **Scher** der Nordbayerischen

Zeitung durch ihren Streik die Anerkennung des all- gemeinen deutschen Buchdruckerarifs, einschließlich der Leipziger Abmachungen, durchgesetzt. —

Die Lage der Handelsangestellten

erfährt auch wieder einmal eine unzerstörbare Kennzeich- nung durch eine Not- und Drangannonce im Anzeigen- teile des Leipziger Tageblatts. Es heißt da:

„Notiz! Ein junger Kaufmann, ehrenhaft, gewissenhaft, zuverlässig, fleißig, flotter Rechner, erzt in einfacher und doppelter Buchhaltung, gewandter Korrespondent mit einigen französischen Sprachkenntnissen, Stenograph, und vielseitigen Branchkenntnissen, sucht Stellung und arbeitet um jeden Preis insolge großer Not. (Sof. Offerten sub. . . .) Also ein Mann von guter bürgerlicher Stellung und aus- gerüstet mit so vorzüglicher Befähigung, wie dieser Aus- gestohene der Kaufmannschaft sie sich zuschreibt, ist so nahe am Verzweifeln, daß er seine große Not an die Offen- slichkeit bringen und sich zu jedem Preise anbieten muß. Die Proletarisierung des Kaufmannstandes schreitet eben unaufhaltsam voran, gerade so wie in andern Arbeits- berufen und wird mächtig gefördert durch solche Unter- bietungen im Lohn. Es kann also die Zeit nicht mehr fern sein, wo auch diesen Leuten der Standesbündel als ein überwundener Standpunkt gelten wird. —

Ausland.

* **Zur Lohnbewegung in der Schweiz.** In Nordscham am Bodensee haben die Bauarbeiter nach zweitägigem Streik Arbeitszeit-Verkürzung und Lohn- erhöhung erreicht. — Die Schmiegedesellen in Freiburg streiken, da die geforderte Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung nicht bewilligt wurde. — In der Lohn- bewegung stehen ferner die Schlosser und Schreiner in Luzern, die Einleger in Bern, die Schreiner und Parquetleger in Sulgenbach bei Bern, die Hafner in Biel, wo auch der Streik der Hand- langer und Maurer fortbauert. — Der Basler Zimmererstreik ist beendet; über vier kleinere Ge- schäfte bleibt die Sperre verhängt. — Der Kam- tingerstreik in Bern ist ebenfalls zu Ende, nachdem die städtischen Behörden den von der Meistervereingung aufgestellten Tarif acceptierten. —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 12. Mai 1896.

— Wie ein reinigendes Gewitter hat die Rede unseres Ge- nossen Bebel am 15. Februar im Reichstage gewirkt. Bebel hätte an diesem Tage hingewiesen auf die Unmoralität und Schlemmerei, die bei den Festen der Kriegervereine zuweilen vorkommen. Bebel berief sich hierbei auf das Urteil des Herrern von Bodellshwing. Er teilte die Erfahrungen mit, welche genannter Herr auf Kriegerfesten gemacht hat und welche dahin gehen, daß die Kriegerfeste meistens eine traurige Sekstall angenommen haben, die, anstatt wirkliche Freude und Erholung zu bereiten, wüste Köpfe und leere Geldbeutel eintragen und die Baß- derjenigen Feste vermehren, die an dem Mark unseres Volkes laugen, die Leihpänner füllen und Thronen über viele arme Familien bringen. Bebel hatte auch hingewiesen auf einige Festprogramme unflätigen In- halts. Die Rede unseres Genossen hat bewirkt, daß nunmehr die Kriegervereine von dem Bundesvorstand ermahnt sind, den Schlib der Kriegervereine rein zu halten. . . . Ein jeder von uns (so wurde kürzlich in einem hiesigen Kriegerverein verlesen) muß mit allen Kräften zu vermeiden suchen, daß den Kriegervereinen, ob mit Recht oder Un- recht, derartiges angehängt werden kann. Verbands-, Bezirks- und Vereins-Vorsitzende und alle Kameraden, haltet den Schlib der Krieger- vereine rein! Sorgt durch Wort und Schrift, sowie durch die That bei allen Vereinsversammlungen und Festen dafür, daß niemand, wer es auch sei, einen Stein auf das Kriegerfesten werfen kann. Ist ein Verlein oder auch nur ein einzelner Kamerad in unserer Mitte, der den edlen Bestrebungen der Kriegervereine zuwiderhandelt, dann ist es besser, er wird aus unserer Mitte entfernt.“ Ein „edles“ Begehren. — Die **Weltesten der Kaufmannschaft** haben, wie unse- rer Leser bereits wissen, gegen den Abschluß der Verkaufsgeschäfte votiert, ohne die Zustimmung in den Kreisen der Handelsangestellten und Kaufleuten herbeizuführen zu haben. Die **Weltesten der Kaufmannschaft** gehören der nationalliberalen Partei an, haben also die gleiche An-

Feuilleton.

Der Süße „Million“.

Roman von **Salvia Warrené (Rohlscholla)** in achtbändiger Bearbeitung von **Dr. Albert Weiß.**

(Fortsetzung.)

Sollte sie die Eltern, den Bruder und sich selbst in Armut fützen? Denn Milion würde die Klache in der Hand haben und das Gesetz ihnen alles wieder abnehmen. Oder sollte sie mit diesem jährlichen Gehaltens weiter leben und in der Tiefe des Herzens sich eine Verbrechenin nennen?

Zum einen wie zum anderen fehlte ihr der Mut. Immer erreglicher Gedanken gingen ihr durch den Kopf. Wer konnte wissen, mit welchen Opfern Graf Felix sich dieses Vermögen erkaupte? Ob er nicht mit ihm zu- gleich seine Ehre und seinen guten Ruf verlorren würde? Amalia gedachte voller Bestürzung jenes Todes- abends des Grafen Julius, wie dringend man ihr empfahl, Milion entzuziehen zurückzugeben, was sie dadurch getrenntlich erfüllte, daß sie jenen Moment beugte, um das ent- schädende Wort und Versprechen des Betters zu erzwingen. Auch sie hatte also umbeugt ihre Hände befestet in dem Komplott, welches ihn entzichte. So hatte sie als kluges Werkzeug gegen sich selbst gehandelt! Unter der Last dieser Zweifel trat ihr der Ang- schweiß auf die Stirn.

Warum bestand sich die Antwort auf all diese Rätsel- fragen des Schicksals in ihrer Hand? Ungeachtet an Selbstständigkeit, sah sie keine Aus- weg mehr und befestete den Blick hart auf jene unheil- vollen Blätter, deren ausländische Schriftzüge ihr nur zu verpöndlich waren.

Ihr Kopf schwindelte. Ihr Schläfen glühten. — Fieberhauer durchzuckelten ihr den Körper und eine sonderbare Ohnmacht lähmte sie.

Was sollte sie thun? Diese entzückliche, brannende Frage trat ihr mitten unter den verwirrenden Ereignissen dieses Tages immer wieder vor die Seele.

Mit Aufwand ihrer letzten Kraft faltete sie die Papiere wieder zusammen und verbergte sie abermals in dem ge- heimten Fache des Schreibtisches. Das war ihre letzte bewußte Handlung.

Als die Rose das Licht hereintrug, fand sie Amalia besinnungslos mit ihren Händen. Ihren Lippen ent- schwebten unverständliche Worte, welche ihren fieberhaften Zustand verrieten.

Man schickte gleichzeitig nach dem Arzt und der Gräfin. In einem schweren Lypus rang Amalia wochenlang mit dem Tode. Um das Uebel voll zu machen, phantasierte sie fortwährend und ihre Reden konnten ein schreckliches Bild werfen auf die Familiengeheimnisse der Hor. . . .

Der Arzt, welcher einst der Freund des Grafen Julius gewesen, wurde auch Hausarzt seines Bruders und daher auch jetzt zu Amalia berufen. Auch er lauschte mit sonder- baren Aufmerksamkeit ihren Worten.

„Milion! Milion!“ flüsterte sie immer wieder. „Ver- lache mich nicht! Verzage mir! Ich bin unschuldig!“

Der Graf zitterte wie Espenlaub. Er wußte nur zu gut, daß er diesen Namen hören werde. Und doch ver- mochte er dies nicht gleichgültig zu ertragen.

„Haben Sie noch irgend eine Hoffnung?“ fragte er gemessen den Arzt.

Dieser erwiderte nach kurzem Nachdenken: „Das ist schwer zu sagen. Diese Krankheit hat irgend eine moralische Ursache, die zu erörtern ich mich vergebens bemühe.“

Diese Worte hatte Graf . . . nicht erwartet. Die Ueberrung im Hause pläztet sorgfältig alles zu vermeiden, was ihm peinlich sein konnte. Sein gelbliches Gesicht nahm eine Leichenfarbe an.

Da flüsterte Amalia abermals: „Milion!“

Der Arzt aber bemerkte: „Dieser Name wiederholt sich beständig in ihren Phantasien. Er verrät irgend einen quälenden Gedanken, einen geheimen Vorwurf des Ge- wissens. — Wüßten Sie vielleicht, Herr Graf, wo sich dieser junge Mann gegenwärtig befindet und ob Komtesse Amalia in letzter Zeit ihn etwa wieder gesehen hat?“

„Davon weiß ich gar nichts,“ erwiderte ruhig der Ge- fragte. „Seit er meine Schläfen zurückwies, habe ich mich gar nicht mehr um ihn gekümmert, zumal er, wie Sie wissen, Herr Doktor, in den letzten Augenblicken meines Bruders geteigt hat, wie wenig er meine Gunst- bezeugungen verdiente.“

„Allerdings,“ murmelte der Arzt. „Indessen,“ hier unterbrach ihn wieder Amalia. „Mein Vater!“ rief sie. „Gieb ihm sein Vermögen,“

alles gieb ihm wieder! Du weißt ja nur zu gut, daß er ein Recht darauf besitzt!“

Bespannten Ohres lauschte er daher Amalias weiteren abgerissenen Worten.

Der Graf hingegen holte tief Atem, stützte sich auf das Bett und sprach, um den Arzt von der Kranken ab- zulenken: „Wie schwül, wie beklemmend ist es hier!“

Doch hatte er mit dem alten Aeskulap kein so leichtes Spiel.

Die Kranke regte wiederum die Lippen und der Angstschweiß trat in Tropfen auf die Stirn des Vaters.

Als käme sie wieder zum Bewußtsein, flüsterte Amalia ihm zu: „Du weißt recht gut, daß die Beweise seiner Rechte hier . . . hier . . . verborgen sind!“

„Wo denn?“ unterbrach sie der Arzt, fest überzeugt von der Wahrheit ihrer Worte.

Sie war indes nicht imstande, ihn zu hören und verfolgte weiter ihren Gedankenang.

Ihr Zustand besserte sich allmählich. Während dieser Zeit trachtete der Graf, Milion zu verderben. Von zu- vielen Seiten drang dieser Name auf ihn ein und bedrohte ihn bereits in der Gesellschaft und seiner eigenen Familie.

War es etwa schwierig für ihn, den mächtigen Herrn, einen armen Arbeiter zu unterdrücken, ihm sein letztes Gut zu entziehen, das im Schweiße des Angesichts ver- dientet tägliche Brot? Fehlte es ihm damals dazu dem an Mitteln und Wegen? Er war also fest entschlossen, von ihm gänzliche Verzichtleistung auf Namen und Recht zu erlangen oder auf irgend eine Weise sich seiner für immer zu entledigen.

Inzwischen hatte sich in jenem Dachstübchen der St. Johannisstraße nur wenig verändert.

Milion und Cecilia hatten keine Ahnung von dem über ihren Häuptern schwebenden Unwetter, noch von des Interesses, welches sie wieder erregten. Sie vergaßen die ganze Welt. Nur Arbeit und Liebe füllten ihr Leben aus, und trotz ihres künftigen Daseins und menschlichen Uebelwillens lebten sie so glücklich, wie dies auf Erden nur Auserwählte vermögen.

Vor allem gingen sie Hand in Hand und verbreiteten eingedenk dessen, was sie gelitten, rings um sich herum ihren engen Wirkungskreise Trost und Hilfe, Rat u. Beispiel.

(Fortsetzung folgt.)

Manung vertreten wie sie mehrfach von der Magdeburger Zeitung zum Ausdruck gekommen ist. Das einseitige Vorgehen dieser Korporation verdient scharf getadelt zu werden.

Wie in anderen Orten die Frage des Achtuhr-Ladenschlusses erörtert wird, geht daraus hervor, daß in Hannover längere Auseinandersetzungen zwischen den Interessenten stattgefunden haben.

Das „Gewinnwerk“ soll Fahräder fabrizieren. Diese Nachricht hat in Fabrikantenkreisen viel Erregung hervorgerufen. Man weiß sehr wohl, wenn das kapitalträchtige Kruppische Werk sich auf die Herstellung von Fahrädern einläßt, eine große Anzahl kleinerer und mittlerer Fabrikanten, welche augenblicklich Wohlstand erzielten, ihre Werkstätten schließen müssen.

Die Pferde durchgegangen. Auf der Chaussee von Brexler nach Pechau ging während der Fahrt an einer Herdenschäferquappe ein Rad verloren. Der Reiter stieg aus dem Wagen und wurde verletzt, während die übrigen Reiter des Wagens sitzen blieben.

Schlägerei. Sonntag früh 4 1/2 Uhr wurde der Arbeiter M., der angeblich von einem unbekanntem Manne mit einem schweren Knüttel über den Kopf geschlagen worden war und eine fast blutende Kopfwunde davongetragen hatte, von den Mannschaften der Sammelwache verhandelt. Nach Anlegung des Verbandes konnte sich der Verletzte nach seiner Wohnung begeben.

Zur Thätigkeit der Feuerwehr. Am Sonnabend abend gegen 8 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr von der Meldestation „Schwarz“ Nr. 10 alarmiert; die gesamte Hauptwache rückte nach dort. Auf dem Grundstück Quersstraße 2 war der Dachstuhl in Brand geraten. Mit zwei direkt vom Hydranten aus gepumpten Schlauchlinien wurde das Feuer in kurzer Zeit auf seinen Herd beschränkt. Nachdem noch die Aufräumungsarbeiten bis gegen 10 1/2 Uhr gedauert hatten, rückten die Fahrzeuge wieder nach dem Depot zurück.

Hamburg. (Einen Menschen erschossen.) Nach dem Berliner Tageblatt geriet Sonntag abend der Gendarm Quers in Altenwäber auf einer Patrouille mit vier Leuten in Streit, in dessen Verlauf er seinen Revolver zog und einen Gärtners erschoss. Ob der Gendarm tödlich angegriffen war, geht aus dem Bericht des Berliner Tageblatts nicht hervor.

Kaffee. (Drei Personen ertranken.) Die Pfefferfähre bei Sambed schlug um, wobei drei Personen ertranken. München. (Tot aufgefunden.) Im Langwieder Mooje wurde heute ein Gendarm der Station Kabinig mit durchschossener Brust, aber noch lebend, aufgefunden. Spandau. (Diebstahl.) Bedeutenden Kupferdiebstahl ist man in der Artilleriewerkstatt zu Spandau auf die Spur gekommen.

Alexandrien. (Cholera.) Am 8. Mai sind hier 33 Personen an der Cholera erkrankt und 20 gestorben. Ägier. (Eisenbahnunfall.) Zwischen Adeler und Reppelbrunn rief ein Militär-Sonderzug auf einen Personenzug. Fünf Offiziere wurden getötet, drei Offiziere und 30 Soldaten verwundet.

Parlamentarische Nachrichten.

Der Reichstag trat heute in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Abänderung des Zuckersteuergesetzes ein. Eine Beratung war es eigentlich nicht, was wir heute zu hören bekamen — es war ein Handeln und Feilschen.

kleineren Bauern im Besonderen stimmen die Sozialdemokraten gegen das Gesetz. Auch die Freisinnigen schließen sich uns an. Alle von dieser Seite des Hauses vorgebrachten Argumente fanden aber keinerlei Beachtung — der See raft und will sein Opfer haben. Den notleidenden Zuckerfabrikanten wird wahrscheinlich der weit geöffnete Mund gestopft werden. Was sie wünschen, erhalten sie. Die erste namentliche Abstimmung, die heute stattfand, läßt diesen Schluß zu. Uebrigens haben wir uns bereits gestern in diesem Sinne geäußert. Im Grunde genommen kann der Ausgang dieses Handelsgeschäfts unsere gute Stimmung nicht trüben. Selten hat ein Parlament der Oppositionspartei soviel Material geliefert, als das gegenwärtige. Das wird eine Generalabrechnung am Tage der nächsten Wahl geben, wie sie sich die Volksvertreter, welche die Interessen der Gesamtheit außer Acht gelassen und persönliche Interessen gewahrt haben, nicht träumen lassen. Bleibt nur zu hoffen, daß die bekannten Lebewesen, welche bislang ihre Metzger wählten, endlich einmal zur Vernunft kommen.

88. Sitzung vom 11. Mai, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Zuckersteuergesetzes. Abg. v. Stauby (kon.) hat den Euentualantrag eingebracht, daß falls vorliegender Gesetzentwurf abgelehnt werden sollte, das Zuckersteuergesetz von 1895 bis zum Jahre 1897 verlängert werde. Er habe den Antrag jetzt nur als Euentualantrag eingebracht, um nicht den Vorwurf auf sich zu laden, daß er die Beratung gehindert habe. Bei der dritten Lesung jedoch werde er den Antrag als Prinzipal Antrag wieder einbringen.

Die Beratung beginnt mit der Frage der Betriebssteuer (§ 65). Die in diesem Paragraphen der Regierungsvorlage enthaltene Betriebssteuer (bis zu 500 000 Kilogramm 0,05 Mark; von 500 000 bis 1 000 000 Kilogramm 0,10 Mark; von 1 000 000 bis 1 500 000 Kilogramm 0,15 Mark; von 1 500 000 bis 2 000 000 Kilogramm 0,20 Mark und so fort von 500 000 zu 500 000 Kilogr. um 0,05 Mark steigend) hat die Kommission gestrichelt.

Abg. Dr. Richter (Ctr.) beantragt, die Betriebssteuer in folgender Höhe wiederherzustellen: bis zu 1 000 000 Kilogramm einschließlich 0,05 Mark, von über 1 000 000 bis zu 2 000 000 Kilogramm 0,10 Mark, von über 2 000 000 bis zu 3 000 000 Kilogramm 0,15 Mark, von über 3 000 000 bis zu 4 000 000 Kilogramm 0,20 Mark und so fort, von 1 000 000 zu 1 000 000 Kilogramm um je 0,05 Mark steigend, für je 100 Kilogramm Rohzucker betragt.

Abg. Pingen (Ctr.) beantragt, § 65 folgendermaßen zu fassen: „Von dem in einer Zuckerfabrik zur feuerlichen Abfertigung gelangenden Rohzucker wird ein Zuschlag zur Zuckersteuer (Betriebssteuer) erhoben, welcher für die innerhalb eines Betriebsjahres abgefertigten Mengen bis zu 4 000 000 Kilogramm einschließlich 0,10 Mark, von über 4 000 000 bis zu 5 000 000 Kilogramm 0,12 Mark, von über 5 000 000 bis zu 6 000 000 Kilogramm 0,15 Mark und so fort, von 1 000 000 zu 1 000 000 Kilogramm um je 0,25 Mark steigend, für je 100 Kilogramm Rohzucker betragt.“

Abg. Pingen (Ctr.) begründet kurz seinen Antrag, erklärte jedoch, daß seine Freunde, wenn dieser Antrag angenommen würde, sich dadurch nicht für verpflichtet hielten, auch für die übrigen Teile des Gesetzes zu stimmen. Abg. Pingen (Ctr.) empfiehlt seinen Antrag. Abg. Richter (Freil. Rpt.): Ich bitte Sie, die Höhe der Betriebsabgabe und den Antrag Pingen abzulehnen zu wollen. Ich begreife überhaupt nicht, wie die Centrumpartei im Gegensatz zu allen anderen Fraktionen sich gerade auf die Betriebsabgabe verweist. Was man sonst eine Stellung einnehmen zu dem Gesetz und der Erhöhung der Rohzuckerabgabe, wie man wolle, die Frage der Betriebsabgabe steht ganz unabhängig davon, sie berührt nicht den übrigen Organismus des Gesetzes. Das Gesetz will durch hohe Ausfuhrprämien auf künstlichem Wege die Industrie gegen die Konkurrenz des Auslandes schützen. Die Betriebsabgabe will diejenigen mit einer besonderen Steuer bestrafen, die die Vorteile des Großbetriebes für die Produktion sich zu eigen machen und infolgedessen eine wohlfeilere Produktion ermöglichen und eine leichtere Konkurrenz mit dem Auslande. Darum paßt auch gar nicht der Vergleich mit der Betriebsabgabe bei der Branntweinsteuer. Die Branntweinbrennerei ist keine solche Exportindustrie wie die Rübenzucker-Industrie. Auch die jetzt übliche Wendung vom Schutz des Mittelstandes trifft nicht zu, denn die großen Fabriken befinden sich darum, weil sie groß sind, nicht in Besitz von reichen Leuten, sondern es vereinigt sich in ihnen oft eine Gesellschaft vieler kleinen Leute, die geschädigt ist durch die Einführung einer solchen Betriebsabgabe. Nun hängt doch die Konkurrenzfähigkeit nicht bloß ab von der Größe des Betriebes und den Vorteilen, die sich daraus ergeben, sondern es kommen hier gerade gegentwärtige Momente in Betracht. Man hat nun versucht, der Sache ein Mäntelchen anzuhängen, indem man sagt, es sei notwendig im Finanzinteresse, diese Betriebsabgabe zu bewilligen. Vorzugsweise sind es die östlichen Provinzen, die in Bezug auf Rohzucker und durch die mangelhaft entwickelten Verkehrswege schlechter gestellt sind als West- und Mitteldeutschland. (Sehr wahr! links.) Was ist nun schließlich die ganze Betriebsabgabe? Nichts als ein Projekt, um ungefähr 17 bis 20 Fabrikten, die vornehmlich in den östlichen Provinzen liegen, zu schädigen einem Prinzip zu Liebe, das in Wahrheit, indem es sich den großen Betrieben entgegenstellt, dem Fortschritt der Bevölkerung der Zuckerproduktion sich entgegenstellt. Wir halten deshalb die Frage für viel wichtiger, als es die Aufmerksamkeit des Hauses widerspiegelt, so daß wir über diesen Antrag Pingen namentliche Abstimmung beantragen. (Beifall links.)

Abg. v. Puttkamer-Riesch (kon.): Meine Freunde werden zum größten Teil für die Beschlüsse der Kommission stimmen, denn wir halten es für gefährlich, an diesen Beschlüssen zu rütteln, und wir hoffen, daß alle, die es wohl mit der Zuckerindustrie meinen, auch den Kommissionsbeschlüssen ihre Zustimmung erteilen werden. Bezüglich der Betriebsabgabe gehe ich auf denselben Standpunkt wie der Abg. Richter. Es ist kein Zweifel, daß durch diese Steuer hauptsächlich die Fabriken im Osten geschädigt werden, an denen viele kleine Leute beteiligt sind. Inzwischen sind Anträge auf namentliche Abstimmung über den Antrag Pingen, sowie über die §§ 70 (Höhe des Ausfuhrzuschusses), 68 (Melassesteuer) und 80 (Kontingenterung) eingebracht. Abg. Pingen (Ctr.): Die Annahme des Antrages Pingen sei für die meisten Centrumsmitglieder Bedingung zur Zustimmung des ganzen Gesetzes. Staatssekretär Graf v. Posadowsky bezieht den Antrag Pingen als annehmbar. Abg. Köstler (wilt) stimmt den Ausführungen Richters zu. Abg. v. Komierowski (Pole) meint, das beste an den Kommissionsbeschlüssen war die Beibehaltung der Betriebssteuer. Für den Antrag Pingen sprechen Abg. Friedberg namens der Nationalliberalen und Abg. Frhr. v. Stumm-Pallberg namens der Reichspartei. Abg. Schippel (Soz.): Die Zuckerfabrikanten bezahlen die Betriebssteuer nicht, sie wälzen sie durch die Preisbildung auf den Verbraucher ab. Die großen Betriebe befinden sich gar nicht im Besitz einzelner reicher Personen; das ist aber der Fall bei den mittleren und kleinen Betrieben; die großen Betriebe befinden sich im gemeinsamen Besitz kleinerer Landwirte. Abg. v. Stauby (kon.) bekämpft den Antrag Pingen. Im Verlauf der weiteren Debatte betont Abg. v. Puttkamer-Riesch (kon.): Meine Fraktion hat schon so viel von ihrem Standpunkt aufgegeben und zwar in der Richtung, das Gesetz zustande zu bringen, daß unter Entgegenkommen auch eine gewisse Grenze haben muß. Wir sind von der Prämie von 4,10 Mk. auf 2,50 Mk. zurückgegangen, lediglich um dem Centrum entgegenzukommen. Weiter aber können wir nicht gehen. Eine materielle Bedeutung von erheblichem Umfange liegt in dem Antrag des Abg. Pingen

nicht. Bieleicht ist er nur gestellt, um nach einer bestimmten Richtung hin Konzeptionen zu erzwingen. Gerade bei uns im Osten ist das Gesetz überhaupt nicht sehr populär. Hört, hört! links.) Die Betriebssteuer mit der Entlastung wird besonders für die Fabriken des Ostens empfänglich sein, wenn wir uns dagegen aussprechen, handeln wir nur im Sinne unserer Auftraggeber. Wir sehen in dem Antrage Pingen das Unternehmen, uns immer weiter von unserem Standpunkte verdrängen zu wollen, und deswegen müssen wir eine gewisse Festigkeit beweisen und werden deshalb zum allergrößten Teil auf dem Standpunkte stehen bleiben, der das Ergebnis wohlüberdachter Beratungen war. Persönlich bemerkt Abg. Köstler: Der Abg. Dr. Friedberg hat es unternommen, mich sozusagen bei meinem Wahlkreise dahin zu benutzieren, daß ich seine Interessen nicht vertrete. Mein Mandat ist mir nicht so viel wert, daß ich ihm meine Überzeugung opfere. Der Abg. Friedberg hat auf meinen mangelnden Einfluß hingewiesen und gemeint, das käme daher, weil ich keiner Partei angehöre. Ich habe mir niemals eingebildet, auf die nationalliberale Partei einen Einfluß zu haben, aber ich wüßte doch in Erwägung geben, daß es eine ganze Reihe von Abgeordneten giebt, die Mitglieder von Parteien sind, deren Einfluß aber nur dahin geht, sich der Mehrheit zu fügen. Abg. Köstler (frei. Volksp.) führt aus, die Kontingenterung auf 17 Millionen Doppelcentner festzusetzen, sei unerhört. Das sei das Maximum der bisherigen Produktion, das nur einmal erreicht worden sei. Es würde aber jetzt zum Minimum werden, da jede Fabrik sich bemühte, diese Produktionsmenge zu erreichen. Überproduktion sei die notwendige Folge dieses Vorganges. Abg. Dr. Pichler (Centr.) beantragt, das Kontingent auf 15 Mill. Doppelcentner festzusetzen; eventuell würde das Centrum für die Reglerungsabsetzung von 14 Millionen stimmen. Staatssekretär v. Posadowsky: Einer Wiedereinführung der Materialsteuer werde die Regierung niemals ihre Zustimmung geben. Sie ist die ungerechteste aller Steuern. In der Kommission ist kein neuer reformierender Gedanke geäußert worden. Eine Verlängerung der bestehenden Prämien sei gar kein Ausweg. Das Haus ist darin einig, daß die Prämien abgesetzt werden müssen; das ist nur dadurch zu erreichen, wenn wir unsere Prämien erhöhen. (Zuruf: Warum denn?) Meine Herren, das verheißt ich besser (Gelächter), das muß ich besser verstehen. Höhere Prämien, aber niedrigeres Kontingent scheint mir das Beste zu sein. Nachdem aber die Prämien von der Kommission auf Mark 2,50 herabgesetzt sind, ist der Standpunkt der Kommission vollgerecht, das Kontingent zu erhöhen. Eine Verlängerung des bestehenden Gesetzes trifft auf die schwersten Bedenken seitens der maßgebenden Stelle, es wäre ein Danerergeschenk für die Zuckerindustrie. Deutschland hat durch seine Überproduktion zur Zuckerkrise beigetragen. Abg. v. Bernstorff-Lieken erklärt, mit seiner Fraktion für ein möglichst hohes Kontingent einzutreten zu wollen. Abg. Dr. Pache (nll.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Richter. Seine Partei will vor allem Schutz der bestehenden Industrie und der bestehenden Arbeit, deswegen müßte hier ein gewisser Regel vorgegeben werden. Abg. Stauby (kon.) befreit, daß Deutschland an der Krise schuld sei. Ein Zuckersteuergesetz auf Grundlage des Antrages Pache sei für den Wehrer und einen großen Teil seiner Freunde unannehmbar. Staatssekretär Posadowsky weist darauf hin, daß von Seiten des Hauses eine Reform der Zuckersteuer gefordert worden sei. Eine Verlängerung des bestehenden Gesetzes, wie Abg. v. Stauby wolle, sei doch aber keine Reform. Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. v. Puttkamer-Riesch und Richter wird die Debatte geschlossen und es kommt der Antrag Richters zur namentlichen Abstimmung über Absatz 1 des § 80, welcher nach der Kommissionsfassung das Kontingent für das Betriebsjahr auf 17 Mill. Doppelcentner festsetzt. Die Kommissionsfassung wird mit 133 gegen 107 Stimmen angenommen. Tagesordnung die Sozialdemokraten, die beiden freisinnigen Parteien, die Polen, mehrere Abgeordnete vom Centrum und mehrere konservative Abgeordnete, darunter Abg. v. Stauby. Die Weiterberatung wird auf morgen 1 Uhr vertagt. Schluß 5,20 Uhr.

Wie in Reichstagskreisen verlautet, bestehen die verbündeten Regierungen trotz des im Seniorenkongress laut gewordenen Widerspruchs darauf, daß der Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuches noch in der nächsten Zeit zur Verabschiedung gelange. Die Kommission wird ihre Arbeiten kaum vor Mitte Juli beendigen können, wodurch die Absicht der Regierung von selbst hinfällig wird. Im Hochsommer ist der Reichstag nicht zusammenzubekommen.

Neueste Nachrichten. Rotterdam. Die ausländigen Schiffsentlader setzen den Ausfuhrfort. Stettin. Die Schiffsarbeiter nahmen, nachdem ihnen Lohnerhöhungen zugesichert, die Arbeit wieder auf. Paris. Das endgültige Ergebnis der Gemeinderatswahlen ist, daß die Republikaner in 24 von 351 Arrondissement-Hauptstädten die Mehrheit haben. In 85 Hauptorten haben die Radikalen oder Sozialisten, in 20 die Konservativen die Mehrheit. Paris. Das Ergebnis der bei den Gemeinderatswahlen für Paris notwendig gewordenen 28 Stichwahlen ist, daß 5 progressivste Republikaner, 11 Radikale, 3 sozialistische Radikale und 9 Sozialisten gewählt sind. 22 weitere Gemeinderäte sind wiedergewählt und außerdem 6 neue Kandidaten gewählt worden. Die Zusammensetzung des Gemeinderates von Paris bleibt dieselbe wie früher.

Quittung. Für Parteizwecke gingen ein: Ein Drittel Tagesverdienst für unrentwilliges Arbeiten am 1. Mai 1.50. — Unfälle Brüder in der Luft 4,88. — Von Wilhelmine Regle 19,06. — Geburtstagsfeier vom Aufsticht 1,25. — Hier fiele Werber 0,40. — Geburtstags Gedenkbuchstraße 11 0,75. — Wohlgeleitete Sänger in nächster Quittung. Albert Baxer, Beträumensmann.

Vereine, Versammlungen, Vergnügungen etc. Am Donnerstag, den 14. d. M., wird bei dem Genossen Königstet in Sudenburg (Herbster Bierhalle) ein Frühkonzert veranstaltet werden. Die Genossen werden ersucht, mit ihren Familien recht zahlreich sich einzufinden. Der Beträumensmann. Tischler-Delegierten-Versammlung. Mittwoch, den 13. d. M. abends 8 Uhr im Bürgerhaus, Stehansbrücke 38. Briefkasten. H. W. § 30 lautet: Weiblichen Personen, welche eine Ehe eingehen, bevor sie in den Genuss einer Rente gelangt sind, steht ein Anspruch auf Erhaltung der Hälfte der für sie geleisteten Beiträge zu, wenn die letzteren für mindestens fünf Beitragsjahre entrichtet worden sind. Dieser Anspruch muß binnen drei Monaten nach der Verheiratung geltend gemacht werden. — O. H. Die Bemerkungen über die Kontingenterung und die Tätigkeit der Reichstagskommission sind ganz allgemein gehalten. In dieser Allgemeinheit können wir den Artikel nicht nachdrucken. Sie müssen auf bestimmte Fälle unter Aufzählung des Namens eingehen. Der Artikel steht sonach zu Ihrer Verfügung. Gruß.

Table with 4 columns: Name, Date, Amount, and another column. Rows include Köstler, Friedberg, Stauby, etc.

Table with 4 columns: Name, Date, Amount, and another column. Rows include Köstler, Friedberg, Stauby, etc.

Table with 4 columns: Name, Date, Amount, and another column. Rows include Köstler, Friedberg, Stauby, etc.

Table with 4 columns: Name, Date, Amount, and another column. Rows include Köstler, Friedberg, Stauby, etc.

Table with 4 columns: Name, Date, Amount, and another column. Rows include Köstler, Friedberg, Stauby, etc.

Hermann Bruns
Budan, Schönebeckstr. 114.
Billigste Bezugsquelle für
Verzinkte Drahtgeflechte,
Staheldraht, 470
blaue Fenstergaze,
Feld- u. Gartengeräte.

Billigste Bezugsquelle
für
Besen, Kleiderbürsten
Glanzbürsten, Besenstiele,
Wäschekleinen, Klammern
bei

H. Blessmann
en gros Jakobsstr. 33 en detail
Pfortenfabrik mit Dampftrieb.

Tapeten zu jedem Preis im Aus-
verkauf von Fritz Prager, Budau,
Schönebeckstr. 46, Ecke Dorotheenstr.

Böhm. Braunkohlen,
Steinkohlen u. Brenn-
öliger empfiehlt u. liefert
billig auch nach Magde-
burg u. d. Vorstädten A. Krietsch Nachf.,
Werkstätten a. d. Elbe. Fernsprecher 8.
Vorkühler Patent-Rinderwagen für
nur 15 Mk. Jakobsstr. 7, 1 Tr., links.

J. Lindemann

Mr. 26 Breiteweg Nr. 26 Magdeburg gegenüber der Schönebeckstr.

empfiehlt als Gelegenheitskauf:

Großen Posten diamant schwarze Kinderstrümpfe
Paar von 8 Pf. bis zu den besten Qualitäten.

Damen-Handschuhe, schwarz und fouléurt
Paar von 12 Pf. an.

Chic garnierte Damen- und Kinderhüte
von 50 Pf. bis zu den feinsten Modellen.

Einen großen Posten zurückgesetzter fertiger Kostüme
sonst 30 Mk., jetzt nur 7 und 10 Mk.

Größe Auswahl in Blusen von 1 Mk. bis zu den feinsten Genres.

Tapeten!

Ein wenig gebr. 4rdr. Rinderwagen bill.
zu verlauf. Budau Equistr. 14 III r.

1 Paar federd. rote Pracht-
betten (mit sch. Halbdunen)
nur 28 Mk., sowie 1 recht gut.
Bett für 15 Mk. sof. zu verk.
Jakobsstrasse 7, I Tr., links.

Ein 3rdr. Rinderwagen für 4 Mk.
zu verlaufen Eudenburg, Braunschweiger-
straße 65, Hof, 3 Tr., Lehmann. 387

Eine gut erhaltene Hobelbank billig
zu verlaufen Neue Neustadt, Hofstraße
Nr. 6 v II, Robean 886

Einem geehrten Publikum von Magde-
burg zur Nachricht, daß ich mit dem heutigen
Tage Gr. Junkerstrasse 18-19,
Eingang Berlinerstrasse, ein
Margarine-Geschäft
nebst anderen Waren eröffnet habe.
Um geneigten Zuspruch bitte!

P. Schröder.

548
Fr. Logis a. v. Böblichhofstr. 20 III, Grube.

Anständ. Logis b. Kräger, Bismarck-
straße 15, 6. L., v.

Möbl. Bim. f. l. ob. 26, Margaretenstr. 3 v. II.

Als Hebamme empfiehlt sich
Wwe. E. Blau, Eudenburg,
Feldstr. 10, I.

877

Standesamt.

Magdeburg, den 11. Mai 1896

Aufgebote: Registrator Ad. Seiffert
hier mit Friederike Werner in Eudenburg-
beck. Heizer Otto Meyer in Budau mit
Bertha Heise hier. Mühlenermeister Ernst
Alfred Beckmann in Fiedersfeld mit Emma
Therese Alwine Zimmer in Böhren.
Schiffer Friedrich Franz Streuber in Köhler
mit Emma Marie Dorothee Hecht hier.
Arbeiter Ernst Leonhard Frisch hier mit
Hermine Marie Luise Regener in Gutens-
wegen. Kaufmann Karl Hugo Göbe in
Offenbach a. M. mit Auguste Henriette. Eine
Kohler in Frankfurt a. M. Kaufmann Otto
Stellin mit Auguste Henne in Braunschweig.
Schneider Wilhelm Topfstedt mit Luise
Blau hier. Buchhalter Richard Westering
mit Margarete Agte hier.

Eheschließung: Arbeiter Hermann
Geiler mit Pauline Schulte hier.

Geburten: Dittlie, T. des Korrektors
Otto Wulstet Eine T. des Schriftstellers
Karl Behrstedt. Karl, S. des Porzellan-
Fabrikanten Adam Rieber. Charlotte, T. des
Bureaubeamten Otto Kallio. Friedrich, S.
des Brauereibesitzer Franz Bernert. Toni,
T. des Schmiedemeisters Herm. Schulte.
Anna, T. des Schiffsbesizers Wilhelm Schulz.
Charlotte, T. des Maschinenführers Otto Bogner.
Werner, S. des Versicherungs-Beamten
Karl Rieger. Otto, S. des Fleischermeisters
Otto Winnequith. Willy, S. des Arbeiters
Friedrich Claus.

Todesfälle: Grethgen, T. des Bau-
arbeiters Heinrich Weimar, 11 Mr. 8 T.
Abel, unehelich, 3 Mr. 25 T. Johann, T.
des Kaufmanns Wilhelm Zuchowert, 5 J.
3 Mr. 12 T. Rudolf Palm, Rentier, 62 J.
23 T. Luise geb. Volkholz, Wwe. des
Kaufmanns Gottlob Dittler, 76 J. 6 Mr.
6 T. Wilhelm Zimmer, Metallschmelzer,
60 J. 2 Mr. 11 T. Auguste geb. Schulte,
Wwe. des Schmiedemeisters Ludwig Bar-
leben, 72 J. 7 Mr. 22 T.

Magdeburg, den 11. Mai 1896

Geburten: Anna, T. des Arbeiters
Heinrich Schmidt. Margarete, T. des
Eisenbahn-Schreibers Sekretär Max Bauer.
Hermann, S. des Arbeiters Herm. Boden-
stedt. Erich, S. des Arbeiters Karl Wobser.

Todesfälle: Wilhelm, S. des Arb.
Friedrich Bauer, 7 J. 5 Mr. 5 T. Friedrich,
S. des Arbeiters Andreas Guth, 2 Mr.
17 T. Wilhelm Friedrich, Arbeiter, 43 J.
18 T. Magdalena, unehelich, 5 Mr. 9 T.

Budan, den 11. Mai 1896

Geburten: Walter, S. des Tischlers
Wilhelm Köppe. Rosa, T. des Handlungs-
gehilfen Bruno Doreffling. Hermann, S.
des Mannes Hermann Stollberg Heinrich,
S. des Schlossers Heinrich Schneewitz.
Todesfälle: Elsa, T. des Eisenbrenn-
Kaufmanns Lange, 7 J. 8 Mr. 8 T. Magdalen-
Hote Friedrich Diederich, 60 J. 1 Mr. 16 T.
Anna, T. des Malers Otto Balke, 12 J.
11 Mr. 11 T.

Neustadt, den 9. Mai 1896

Eheschließung: Kaufmann Franz
Ludwig gen. Große in Königsberg mit Elfe
Ritterbach.

Geburten: Elfe, T. des Schlossers
Karl Klein. Gust, S. des Arb. August
Schreiner. Bertha, S. des Schlossers
Ernst Schmidt. Elisabeth, T. des Schreiners
August Dierckmann. Lucia, T. des Arbeiters
Hermann Metzger. Frieda Minna Anna,
unehelich. Karl, S. des Arbeiters Andreas
Lauerbach.

Todesfälle: Gertrud, T. des Schneid-
Karl Neumann, 11 Mr. 6 T. Handarbeiter-
Lehrerin Anna Gerbold, 35 J. 6 Mr. 4 T.

Am 11. Mai

Aufgebote: Sergeant im Pionier-Bat.
Nr. 20 Emil Grundmann in Neß mit
Helene Leht.

Eheschließungen: Maurer August
Ehe mit Minna Luz geb. Bolke. Arbeiter
Karl Bittman mit Bertha Kirsten. Kupfer-
Heinrich Pollack mit Pauline Wonne.

Geburten: Arthur, S. des Arbeiters
Hermann Schaller. Hermann Wilhelm
Kaufmann, unehel. Ehe, T. des Goldschmieds
Otto Conrad.

Todesfälle: Frieda, T. des Arb.
Karl Günther, 5 J. 6 Mr. 25 T. Ehefrau
des Registrars-Kaufmanns Karl Hoff, Ehe-
geb. Leuder, 30 J. 10 Mr. 18 T.

Hierzu als Beilage Der Landbote.

Bestellungen nach Maß.

Wir empfehlen in bekannt größter Auswahl:

Tuch-, Kammgarn- u. Satin-Anzüge
in Red und Jedett von 15-45 Mk.

Helle Geraer und Cheviot-Anzüge
in den schönsten Farben von 9-42 Mk.

Helle Hosen in all. erdenklichen Farben
von 2-18 Mk.

1850 Knaben-Anzüge
in großartiger Ausführung von 3-15 Mk.

Lehmann & Arndt
Neustadt
Br. Weg 24, Ecke Ritterstraße.

Silbige und reellste Bezugsquelle.

Garantie für vollkommenen Sitz.

Beliebt größtes Stofflager.

Wasch-Kleiderstoffe

sämtliche Neuheiten, sind in grosser Auswahl eingetroffen
und bitte ich bei Bedarf um freundliche Berücksichtigung.

Franz Burger
Alte Neustadt. Moldenstraße 36.

**Magdeburger
Reparatur-Werkstatt**
für
Uhren u. Goldwaren
von
W. Lange
Große Diesdorferstr. 215

empfiehlt sich zur besten Ausführung von Reparaturen aller Art Spezialität.
Sicherstellung verorbener Uhren unter Garantie für pünktliches Gehen. Verkauf
aller Arten Uhren billiger wie bei jeder Konkurrenz. Reparaturen werden auf Wunsch
abgeholt und wieder zurückgebracht.
Bei Reparaturen genügt Courierkarte.
Als Prämie der hundertsten Reparatur erhielt Frau Steinecke,
Immermannstr. 15, eine elegante Zimmeruhr.

Weisse
Hüte, garniert und ungaryert,
sind neu eingetroffen.

Kaufhaus Wilhelmstadt.
Sonnenschirme (Neuheiten) sehr billig!!

Am Himmelfahrtstage:
Grosses Extra-Konzert
bei
Fr. Kellner, Leopoldstraße 13.

Vereins-Versammlung der Freien Vereinigung der
Maurer Magdeburgs
am Donnerstag, den 14. Mai 1896, mittags 11 Uhr
bei **Matthies, Neustadt, Breiteweg 110.**
Sämtliche Maurer werden hierdurch eingeladen. Der Einberufer.

Homöopathie!
Wird durch grobgegebene u. feinstgegebene
Kräfte gegen von der Beschaffenheit be-
stimmte Krankheiten bewirkt.
Sollte die verschriebenen Kräfte nicht in
den einzelnen Fällen noch helfen.

Visser, homöopath. Prakt.
(Gebäude: Neustadt)
Magdeburg, Jakobstraße 3.

Die Beerdigung
eines lieben Mannes findet Donnerstag
Nachmittag 1 1/2 Uhr vom Krantenhaus
Grützgerstraße aus statt.
Frau **Witwe Friedrich.**

**Schönzeitel der Magdeburger
Vereine.**
Mittwoch: Singspiel mit Schweinefleisch.
Freitag: Besig Bohrenschuppe u. Hammel.
Sonntag: Besigjappe mit Rindfleisch.

100 Mk. Belohnung
beweisigen, welcher mit dem Täter nach-
weisen kann, der am Donnerstag 1896 in
Eudenburg, Baumweg 2, aus dem Reichs-
haus Keller Kräfte und Hammel geschah.
Wer, damit ich beweisigen geschicklich be-
langen kann.

Louis Ebert
El. Richardstraße Nr. 14.

A. Friedländer
(seit 24 Jahren am Platze)

**Kinderrwagen
Möbel,
Betten.**

**Kolossales
Lager
in der ganzen
1. Etage
u. den Seiten-
flügeln.**

Waaren
jeder Art
auf
Abzahlung.

**Herren- und
Kinder-
Kleider,
Damen-
Konfektion,
Schneiderarbeit,
Teppiche
und Fenster,
Gardinen,
Sammetwaren
Hüte,
Schirme, Stiefel
etc. etc.**

nur **Breite Weg 118, I.**

Sieben eingetroffen:
Arbeiter-Katechismus.

Eine sozialdemokratische Antwort
auf das
Preis-Ausschreiben des Pfarrers Weber
zur Aufstellung eines
Arbeiter-Katechismus für evangelische Arbeiter

Richard Galwer.
Preis 10 Pfennig.

Je früher durch die Buchhandlung der Volkstimme, sowie
andere Buchhandlungen.

